

GASTBEITRAG

Südafrika beginnt, das Schicksal des Kontinents zu teilen

Südafrika geht den Bach runter. Die Katastrophenbilder erinnern an die Schmelzen der Zerstörung in Ahrewiler oder Erfstadt. In KwaZulu-Natal, Hochburg und Heimatprovinz des wegen Korruption und Missachtung des Gerichts inhaftierten Ex-Präsidenten Zuma, wurden über 1000 Geschäfte geplündert, Kaufhäuser und Fabriken abgefackelt, Hafenanlagen und sogar Kliniken verwüstet – und das vor dem Hintergrund der durch Südafrika rollenden dritten Corona-Welle, die zum Tsunami zu werden droht. Über 200 Tote sind nach den Unruhen zu beklagen, mehr als 10.000 Soldaten und Polizisten standen im Kampf gegen Ausschreitungen, für die das Wort Volkszorn zu hoch gegriffen ist.

Es handelt sich vielmehr um den gezielten Versuch, die Infrastruktur von Afrika einzelnem Industriestaat mit dem Ziel lahmzulegen, die berechnete Unzufriedenheit der in Armut vegetierenden Massen gegen den gewählten Regierungschef Cyril Ramaphosa zu mobilisieren, um Jacob Zumas korruptem Anhang wieder an die Macht zu verhelfen. Dahinter steckt eine tiefgreifende Spaltung des seit Jahrzehnten regierenden ANC. Dessen militant-populistischer Flügel hält dem Ex-Präsidenten trotz aller Sündenregister die Treue. Zuma belohnte Gefolgsleute mit Posten und lukrativen Privilegien. In diesem Kontext sei daran erinnert, dass er die Anklage, eine Aids-Kranke vergewaltigt zu haben, mit dem Hinweis zu entkräften versuchte, er habe hinterher geduscht!

Die Feder sträub sich, solche Sätze zu schreiben. Denn nach dem gewaltlosen Übergang von der Apartheid zu Nelson Mandelas Regenbogen-Demokratie gilt Südafrika zu Recht als Musterland eines Kontinents, der von bitterer Not und Bürgerkriegen bis zum Völkermord gebeutelt wurde: Biafra, Ruanda, Kongo-Zaire oder das noch vor Kurzem diktatorisch regierte Simbabwe sind Beispiele dafür.

Im Juli 1987, am Vorabend der Wende, die zu Mandelas Freilassung und zum Ende der Apartheid führte, nahm ich als Beobachter an Gesprächen wider Apartheidgegner mit Vertretern des in Südafrika verbotenen ANC teil.

Stammesdenken zerstört Afrikas einzigen Industriestaat. Dort und anderswo auf dem Kontinent flüchten die Menschen vor der Gewalt. Wo bleibt der Aufschrei, wie es ihn im Fall George Floyd gab, fragt Hans Christoph Buch

putsch hatte, hielt eine endlos lange, wirre Rede, die wir vor einem von bewaffneten Posten besetzten Büfett stehend anhören mussten. Wer nach einem Glas Wasser griff, wurde mit dem Gewehrholben weggeschubst. Die Kehrsseite dieser Art von Ordnung waren in Hotelfluren zirkulierende Prostituierte, die mit Stöckelschuhen die Frau des Klerikers Beyers Naudé attackierten, als diese ihnen den Zutritt ins Zimmer verweigerte.

Der einzige Lichtblick war der Präsident von Burkina Faso, Thomas Sankara, der der Korruption den Kampf angesagt hatte. Er wurde kurz nach unserer Begegnung vom Premierminister ermordet. Und die weißen Liberalen stritten mit Delegierten des ANC darüber, ob es sich um Neokolonialismus oder linken Faschismus handelte.

Damals glaubte ich noch, Südafrika sei vor solchen Fehlentwicklungen durch den materiellen Reichtum des Landes und seine entwickelte Infrastruktur gefeit. Die Lichtgestalt Nelson Mandela, der kritische Aufarbeitung der Vergangenheit statt Rache forderte, schien diese Hoffnung zu bestätigen. Es war eine naive Annahme. Schon sein designierter Nachfolger Thabo Mbeki trat unruhlich hervor, als er das HIV-Virus und die Aids-Epidemie allen Ernestes der CIA anlastete. Nun hat die krisenhafte Entwicklung Südafrika eingeholt. Weiße Farmer wurden enteignet und vertrieben, indische Händler packten ihre Sachen und suchten anderswo ihr Glück, streikende Minenarbeiter wurden niedergeknüppelt oder erschossen, und Vertriebene aus Simbabwe, die vor Misswirtschaft und Unterdrückung flohen, wurden von fremdenfeindlichen Mobs gelyncht.

Die drei Grundübel Afrikas, Stammesdenken, Korruption und Brutalität sind längst auch in Südafrika anzutreffen. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich habe den Kontinent von Äthiopien bis zur Zentralafrikanischen Republik, von Burundi bis Tschad bereist, nicht als Tourist, sondern als Krisenreporter und Kriegskorrespondent. Selbst aus angehenden Vorzeigestaaten wie Ghana und Ruanda gab es nichts oder kaum etwas Positives zu vermelden.

Ich wünsche, es wäre anders, denn ich liebe Afrika und habe nirgendwo mehr spontane Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft erfahren als unter

Der Schriftsteller Breyten Breytenbach, wegen seiner Kritik an der Rassenentrennung acht Jahre lang inhaftiert, hatte mich nach Dakar eingeladen, wo das Geheimtreffen stattfand. Es folgten Kurzbesuche in Ghana und in Burkina Faso, damals noch Terra incognita für Südafrikaner – Südafrikas Regierung unterhielt keine Beziehungen zu afrikanischen Staaten. Ich weiß noch genau, wie schockiert nicht nur die aus London angereisten Vertreter des ANC angesichts korrupter Regimes reagierten, die ihr Volk brutal unterdrückten, um sich selbst zu bereichern. Ghanas Regierungschef Jerry Rawlings, der sich erneut an die Macht ge-



FÜR DIE FREIHEIT

VON REBECCA SCHÖNENBACH

„Nehm ich auf Demos halt kein Wasser von Fremden an“

Frauen wie Mina Ahadi bieten trotz Gefahr für Leib und Leben dem Teheraner Regime die Stirn

geschlossen, obwohl der Verdacht bestand, dass es sich bei dem beteiligten Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) nicht um eine rein religiöse Einrichtung handelt. Jetzt hat der Hamburger Verfassungsschutz aufgrund neuer Dokumente die Einschätzung der Dissidenten bestätigt, dass es sich beim IZH um eine Vertretung iranischer Staatsmacht in Europa handelt.

Zudem wurde der Versuch iranischer Agenten bekannt, eine in die USA geflüchtete Mitkämpferin Ahadis zu entführen. Masih Alinejad erreicht im englischsprachigen Raum ein großes Publikum durch Aktionen, bei denen sie unter anderem ihr zugespitzte Handyvideos verbreitet, die die Zustände unter dem iranischen Regime entlarven. Nachdem das FBI ihre Entführung verhinderte, stellte Alinejad fest: „Die größte Gefahr für das Regime ist die

iranische Bevölkerung. Deshalb wollen sie mich töten.“ Denn die Stimmen der Dissidenten im Ausland gefährden nicht nur international das Ansehen des Regimes, sondern greifen direkt seine Grundfesten an.

Das Regime rechtfertigt sein System durch eine extremistische Auslegung des Islam, in der die Unterordnung von Frauen elementar ist. Frauen wie Alinejad und Ahadi zeigen, dass die durch das Regime propagierte religiös verbrämte Keuschheitskultur nicht traditionell ist. Sie widerlegen erfolgreich die Behauptung, die Unterdrückung von Frauen sei schon immer Bestandteil iranischer Kultur gewesen, indem sie ihre eigenen Lebensgeschichten erzählen. Diese Geschichten zeigen eine Historie der Emanzipation und iranischer Kultur, die von den Islamisten seit Khomeini ausgelöscht wurde.

Menschen, die alles verloren hatten und um ihr eigenes Leben fürchteten. Afrikanische Großfamilien zum Beispiel retten Menschenleben, indem sie Kriegswaisen adoptieren – vorausgesetzt, diese gehören zu ihrem Stammesverband. Hier endet die Solidarität der Clans, und das ist der Grund, warum sich Politiker oder Unternehmer mit Geld, Macht und Einfluss primär um die eigenen Leute kümmern. Tribalismus ist der Pachaussdruck dafür. Ihn gab es auch in Europa, als Volksgruppen sich zu Nationen formierten. Doch weder der Hinweis auf die Tradition noch politisch-soziale Verwerfungen genügen als Erklärung für die skandalösen Zustände im heutigen Afrika und den Massenausodus der Jugend, die nur noch wegweg, egal wohin, und dafür ihr Leben riskiert.

Aus Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, wo Muslime die Christen abschlachten und umgekehrt, schrieb ich an Bundespräsident Steinmeier (mit dem ich, als er noch Außenminister war, Nigeria besucht hatte) einen offenen Brief über das Elend vergewaltigter Frauen, das mir buchstäblich die Sprache verschlug. Kein Wunder, dass ich keine Antwort bekam, weil auswegloses Leid, wie Lessing sagte, Abscheu statt Mitleid erzeugt und Politiker aller Parteien Erfolgsstorys anstelle von Hiobsbotschaften erwarten.

Aber es ist und bleibt ein Skandal, dass der Tod Tausender Afrikaner, die bei dem riskanten Versuch, mit seetauglichen Booten das Mittelmeer zu durchschiffen, ums Leben kommen, nicht dieselbe moralische Empörung hervorruft wie das Schicksal George Floyds und anderer Opfer von Polizeigewalt. Afrikanische Staatschefs weisen ihren Mitbürgern keine Taten nach, im Gegenteil, sie freuen sich, den Bevölkerungsbereichsüberschuss loszuwerden, und Europa hat außer Sonntagsreden nicht viel anzubieten. Kein Wunder, dass China in die Lücke stößt und, statt lästige Fragen nach Demokratie und Menschenrechten zu stellen, den Trend zur Menschenverachtung durch autoritäre Regime verstärkt.

Der Autor ist Schriftsteller und lebt, wenn er nicht auf Reisen ist, in Berlin. Sein Buch „Robinsons Rückkehr“ erschien 2020 in der FVA.



LESERBRIEFE

Stauffenberg, der Netzwerker

Zu: „Der Mensch hinter dem Widerständler“ vom 18. Juli

Wer entsprechende Biografien und Geschichtsbücher über den Kreis der Verschwörer des 20. Juli liest, der stellt fest, dass Stauffenberg ein exzellenter Netzwerker war, der jeden geselligen Anlass ausgenutzt hat, geeignete Personen vorsichtig auf ihre politische Einstellung und eine mögliche Beteiligung am Staatsreich abzuklopfen.

Es erscheint heute fast wie ein Wunder, dass geheime Feldpolizei oder Gestapo nicht viel früher auf die seit Jahren betriebenen Staatsreichvorbereitungen aufmerksam wurden. Viele der von Stauffenberg Angesprochenen haben sich einer Mitwirkung verweigert, unter anderen höchste militärische Führer wie von Manstein, aber keiner hat ihn verraten. Das ist zweifellos nicht zuletzt auf sein Charisma und seine gewinnende Persönlichkeit zurückzuführen, die der Artikel gut beschreibt und die Fotos erahnen lassen. JAN BEHREND, WELT COMMUNITY

Der andere Sport

Zu: „Versuch macht klug“ vom 18. Juli

Die Berichterstattung der Medien ist leider überproportional auf Profisportarten ausgerichtet. Deshalb werden die Hochleistungen der Amateure nur selten erwähnt, dargestellt oder gar hineinreichend gedüstert. Deshalb begrüße ich es als eine großartige Idee, einige in der Öffentlichkeit weniger bekannte Sportarten vorzustellen und auch noch den Mut zu haben, diese selbst auszuprobieren. Mit Ihrem Bericht haben Sie eindrucksvoll und glaubwürdig gezeigt, was Reiz und Mühe dieser Sportarten ausmachen. ECKEHARD WEIST, SCHWERTE

Scooter nerven

Zu: „Sind E-Scooter eine moderne Plage?“ vom 18. Juli

Ich lehne die E-Scooter rundherum ab, noch mehr aber, dass immer nach Verbot und Regulierung geschrieben wird. Lasst den Markt entscheiden, stellt die Kosten durch Verwahrlösung, Abstellen etc. den Betreibern in Rechnung und sanktioniert, wer jetzt schon Verbotenes macht wie betrunken fahren. KLAUDIA ALBERS, WELT-COMMUNITY

Beruflich bin ich in der Stadt täglich fast ausnahmslos zu Fuß unterwegs. Und es nervt! Nicht nur, dass man auf Gehwegen permanent Radfahrern und Lastenrädern ausweichen muss, nein, nun kamen auch bei uns diese E-Scooter dazu. Und da man die Dinger eben wie Fahrräder nicht hört, wird der Spaziergang des Flanierens in der Stadt zum Spießrutenlauf. ALFRED MANN, WELT-COMMUNITY

Alle diese Probleme waren vorhersehbar und wurden ja auch vorhergesagt. Aber Scheuer wollte sich bei den jungen Hipstern beliebt machen und sich ein progressives Image verschaffen. Hier in Bremen sind die Scooter auch oft behindernd mitten auf dem Fußweg abgestellt. Vermutlich sieht das Verleiherunternehmen das gar nicht so ungern, weil die Scooter so vom Weitem sichtbar sind. Es gibt hier auch Leihfahrräder ohne Motor, und erstaunlicherweise sind die meistens vorschriftsmäßig abgestellt. HELGE EBERT, WELT-COMMUNITY

Was die Flut zeigt

Zu: „Einfach weggespült“ vom 18. Juli

Es wird immer offenkundiger, dass der Katastrophenschutz kolossal versagt hat. Wenn hinreichend konkrete Warnungen lange vorher vorlagen und nichts geschah, müssen die Köpfe der Verantwortlichen rollen. Verantwortlich für Katastrophenschutz sind Landräte und Oberbürgermeister und die zuständigen Minister der Landesregierungen. Wenn sich jetzt Landräte und Mitglieder der Landesregierungen hinstellen und den Menschen Trost zusprechen, ist das eine Farce. RUDOLF KEMMER, WELT-COMMUNITY

Man sollte vernünftig prüfen, welche Standorte man aufgibt und wo es

sicher genug ist, um wieder zu bauen. Ich schließe mich der Kritik an, was Flussregulierungen und Flächenversteigerung betrifft. Auch der Katastrophenschutz und das Vorwarnsystem sind nicht ausreichend in Deutschland. Die Parteien sollten Gelder gezielt einsetzen, um unser Land krisenfest zu machen. CHRISTINA SCHLOSSER, WELT-COMMUNITY

Bitte mehr Merkel

Zu: „Wahlkampf mit Hochwasser“ vom 18. Juli

Mit Sicherheit geht es nicht um „mehr Zug und Elan in der Politik“ nach der Bundestagswahl. Es geht um die Fortsetzung einer sachorientierten, unaufgeregten Politik, so, wie Angela Merkel in 16 Jahren zum Wohle der Bürger regiert hat. Das täte uns allen weiterhin gut. MICHAEL ARNTZ, KOLN

Gratulation

Zu: „Ist der Klimawandel verwantortlich?“ vom 18. Juli

Gratulation! Endlich hat mal ein Redakteur den Mut gehabt, sich im Zusammenhang mit der aktuellen Hochwasserkatastrophe nicht an den Mainstream anzuhängen, nämlich, dass der tatsächlich stattfindende Klimawandel zu 100 Prozent vom Menschen zu verantworten sei und zu null Prozent von der Sonne. Jene hat ihre Verantwortung für das Klima offensichtlich mit Beginn des Industriealters aufgegeben. DR. DIETER RACKWITZ, BERGISCH GLADBACH

Gender-Sekte

Zu: „Der Parteisoldat“ vom 18. Juli

Die Grünen-Partei hat sich zur bizarren Gender-Sekte entwickelt. Alles andere ist bei den Grünen in den Hintergrund gerückt, auch die Umweltauge. Die Grünen-Herrschaft in Baden-Württemberg unter dem alten weisen Mann Kretschmann ist nur noch ein Real-Überbleibsel. ERHARD SCHNEIDER, WELT-COMMUNITY

Wenn ich die Entstehung der Kanzlerkandidatur Baerbocks richtig im Kopf habe, ist sie nicht auf demokratische Weise aus einem Parteitagsbeschluss hervorgegangen. Habeck hat sich von ihr und dem sie stützenden grünen Frauenteam einfach zur Seite keicken lassen. Wer glaubt, einer Partei gegenüber, in der solche Praktiken möglich sind, loyal bleiben zu müssen, dem ist nicht zu helfen. MAX STÜTZ, WELT-COMMUNITY

Kubas Sackgasse

Zu: „Kubas Stasi erschließt die Hoffnung“ vom 18. Juli

Wie viel Geld stecken Russland und China in ihren Brückenkopf der Unfreiheit? Ohne echte marktwirtschaftliche Reformen wird es teuer. Wenn aber die kubanische Führung einen Staatskapitalismus wie in China installiert, werden sich die Kubaner sagen: Jetzt sind wir wie das kapitalistische Amerika, bloß ohne Freiheit. LOTHAR POLKE, WELT-COMMUNITY

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten. Schreiben Sie uns unter: leserbriefe@wams.de